

Antrag

**der Abgeordneten Ksenija Bekeris, Kazim Abaci, Regina-Elisabeth Jäck,
Annkathrin Kammeyer, Uwe Lohmann, Doris Müller, Barbara Nitruich,
Wolfgang Rose, Brigitta Schulz, Jens-Peter Schwieger, Ali Simsek (SPD)
und Fraktion**

Betr.: Hamburg 2020: Eine Freiwilligenstrategie für Hamburg

Viele Hamburgerinnen und Hamburger, junge und ältere, zugewanderte oder lang eingesessene engagieren sich in ihrer Freizeit für selbst gewählte Zwecke, im lebenslangen Einsatz oder in kurzfristigen Projekten.

Dies geschieht freiwillig und unentgeltlich in allen Formen des Engagements, vom klassischen langfristig angelegten Ehrenamt im Verband oder Verein, über die Teilnahme an Initiativen, bis hin zu den neuen Freiwilligendiensten.

Freiwilliges Engagement gibt es zum Beispiel bei der Freiwilligen Feuerwehr, dem Katastrophenschutz, in den Hilfsorganisationen, im Sport, in der Kultur, für die Umwelt, im Gesundheitsbereich, in der Seniorenarbeit, in Schulen, in Stadtteilprojekten, für Kinder und Jugendliche, in der Familienarbeit, in Migrantenselbstorganisationen und in vielen Bereichen mehr. Hamburgerinnen und Hamburger engagieren sich selbstbestimmt, selbstorganisiert und eigenmotiviert in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Lebens, denn Hamburg hat eine lange Engagement-Kultur.

Dieses Engagement ist eine große Bereicherung für die Lebensqualität und Agilität dieser Stadt. Wer sich engagiert, nimmt am öffentlichen Leben teil und verbessert es. Der letzte Hamburger Freiwilligensurvey hat gezeigt, dass es noch wesentlich mehr Hamburgerinnen und Hamburger gibt, die sich gerne engagieren möchten. Um auch ihnen die Möglichkeit des freiwilligen Engagements zu eröffnen, gilt es, eventuell vorhandene Zugangsbarrieren abzubauen.

Angesichts der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung des freiwilligen Engagements in Hamburg bedarf es eines langfristigen und bereichsübergreifenden Konzeptes zur Förderung des freiwilligen Engagements in Hamburg. Die Umsetzung eines solchen Konzeptes sollte von vorneherein als trisektorales Vorhaben von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft angelegt sein. Zivilgesellschaftliches Engagement hat einen eigenen Stellenwert zwischen der erwerbs- und gewinnorientierten Wirtschaft und dem allgemeinwohlorientierten staatlichen Bereich.

Dennoch ist das freiwillige Engagement der Zivilgesellschaft von Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Staat betroffen. Rahmenbedingungen, die im Erwerbsleben, vom Staat und der Gesellschaft gesetzt werden, können freiwilliges Engagement fördern oder behindern. Demgegenüber gilt es, den Eigenwert und die Freiwilligkeit des Engagements zu behaupten. Insofern darf es keine Indienstnahme oder Vereinnahmung des freiwilligen Engagements durch den Staat geben und die Arbeitsbedingungen in der Wirtschaft sollten freiwilliges Engagement ermöglichen, fördern und anerkennen.

Eine aktive Bürgergesellschaft hat für den Erhalt von Pluralismus und Demokratie eine grundlegende Bedeutung, die weit über die Wünschbarkeit des Engagements in bestimmten Bereichen/Handlungsfeldern hinausgeht. Der Dialog zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft muss deshalb auf Augenhöhe und im Bewusstsein des

Stellenwertes des freiwilligen Engagements erfolgen.

Die Bedürfnisse nach Freiräumen, um sich gesellschaftlich einbringen zu können, variieren je nach Alter, sozialem Hintergrund aber auch mit dem Ehrenamt oder Engagement, welches geleistet werden soll. Deshalb sollte die Lebenssituation aller engagierten Menschen spezifisch berücksichtigt werden.

Dabei ist auch der Grenzziehung zwischen freiwilligem Engagement und Erwerbsarbeit verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken. Monetäre Anreizsysteme dürfen weder zu einer Entprofessionalisierung in Arbeitsbereichen führen, in die der Fachkräftemangel oder die Sozialkassen Lücken reißen, noch zu einem dauernden Ersatz für existenzsichernde Einkommen aus Erwerbsarbeit oder Rente werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht, bereichs- und behördenübergreifend in Form einer Gesamtkonzeption gemeinsam mit dem AKTIVOLI-Landesnetzwerk eine Freiwilligenstrategie für Hamburg zu entwickeln und dabei folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

1. Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft

Die Strategie soll von Anfang an trisektoral ausgerichtet sein, also Elemente beinhalten, die jeweils die Rolle der Zivilgesellschaft, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Wirtschaft berücksichtigen. Sie soll gemeinsam mit dem AKTIVOLI-Landesnetzwerk und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft erarbeitet werden, sodass alle Engagementbereiche und alle potenziellen Zielgruppen vertreten sind. Es ist eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger anzustreben. Es sollen Vorschläge für eine nachhaltige Zusammenarbeit zwischen freiwilligem Engagement, Stadt und Wirtschaft erarbeitet werden.

2. Neue Zugangswege schaffen

Die Hamburger Freiwilligenstrategie soll bisherige Strukturen der Engagementförderung in Hamburg überprüfen und Wege aufzeigen, wie insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, bildungsferne Menschen und Arbeitslose die Zugangswege in das freiwillige Engagement verbessert werden können. Dabei sollen die entsprechenden Interessenvertretungen einbezogen werden. Es soll zudem geprüft werden, wie der Einsatz bereits aktiver Ehrenamtlicher und freiwillig Engagierter unkompliziert vereinfacht werden kann.

Die Facetten und die Vielfalt des freiwilligen Engagements vom klassischen Ehrenamt bis hin zum neuen Ehrenamt und den verschiedenen Freiwilligendiensten sollen berücksichtigt werden und es soll geprüft werden, ob der Zugang für bestimmte Gruppen Engagierter vereinfacht werden kann (zum Beispiel über Freiwilligenagenturen).

3. Strukturen

Die Freiwilligenstrategie für Hamburg soll auf behördlicher Seite so begleitet werden, dass die Zusammenarbeit der Behörden untereinander verbindlich gewährleistet ist. Es muss eine bereichs- und behördenübergreifende Arbeitsgruppe geben, die funktioniert und auch eine Rückkoppelung mit den Bezirken ermöglicht. Die Federführung für die Förderung des freiwilligen Engagements liegt dabei bei der BASFI.

Für jeden Hamburger Bezirk soll es eine Freiwilligenagentur als Beratungs- und Vermittlungsangebot geben. Es soll zudem geprüft werden, wie die bezirklichen Agenturen mit den jeweiligen Sozialräumen im Bezirk optimal vernetzt werden können.

Freiwilligenagenturen und deren Aufgaben sollen dauerhaft abgesichert und ihre Aufgaben evaluiert werden. Es soll eine Absicherung der Infrastruktur geben, die das freiwillige Engagement fördert. Verbindliche und einheitliche Qualitätsstandards sollen Entwicklungen in den Bezirken im Rahmen der Evaluation vergleichbar machen.

4. Aus- und Fortbildung

Fortbildungsangebote müssen allen Freiwilligen zugänglich gemacht werden. Informationen für Vereinsgründer und Vereinsmitglieder sollen leicht zugänglich und verfügbar sein. Es soll geprüft werden, ob Fortbildungen und Qualifizierungen im freiwilligen Bereich auch zwischen den verschiedenen Engagementbereichen genutzt werden können. Fortbildungsangebote sollen sich auch an hauptamtliche Freiwilligen-Koordinatoren richten.

Wünschenswert wäre eine Verstetigung der Hamburger Freiwilligenakademie, vorausgesetzt sie bewährt sich als Angebot und stößt auf breite Akzeptanz und Nachfrage.

Das Wissen über die Gründung von Vereinen und den Wert der Mitarbeit und Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte bereits früh vermittelt werden. Es sollten Überlegungen angestellt werden, wie in Medien und Öffentlichkeitsarbeit das freiwillige Engagement stärker betont werden kann.

5. Internet und Social Media

Es soll einen Freiwilligen Server mit Datenpool geben. Zu diesem Zweck sollten die bestehenden Angebote (eaktivoli und andere) überprüft werden und die Zusammenführung in einem einheitlichen Datenpool in Betracht gezogen werden. Ziel soll die Zusammenführung der verschiedenen bestehenden Datenbanken zu Angebot und Nachfrage und zu Fortbildungsangeboten (zum Beispiel Q-AKTIVOLLI; Freiwilligenakademiebestandteile) sein. Dabei soll auch geprüft werden, ob dieser Datenpool gegebenenfalls auch außerhalb von „hamburg.de“ etabliert werden kann.

Die Hamburger Freiwilligenstrategie soll nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz auf einer Internetseite präsentiert werden, über die alle relevanten Informationen und Links verfügbar sind.

6. Anerkennungskultur

Die Hamburger Freiwilligenstrategie soll die bisher in Hamburg verfügbaren Instrumente der Anerkennung aufzählen und Vorschläge für ihre Weiterentwicklung enthalten. Insbesondere die Möglichkeiten der differenzierten öffentlichen Anerkennung von freiwillig Engagierten (zum Beispiel Jugendlichen) in den Bezirken und in der Stadt.

Der Hamburger Nachweis sollte im Hinblick auf seine Nutzung und eine Vereinheitlichung der Nachweissysteme hin überprüft werden. Die Dokumentation von Ausbildungsleistungen und die differenzierte Erfassung erworbener Fähigkeiten aus nicht formalen Bildungsprozessen müssen möglich sein. Dabei sollen die Perspektive der Adressaten zum Beispiel zukünftiger Arbeitgeber eines solchen Nachweises stärker berücksichtigt und ihre Bereitschaft zur Honorierung der erworbenen Leistungen gestärkt werden.

Finanzielle Anreizsysteme sollen kritisch überprüft und hinsichtlich möglicher Fehlanreize für prekäre Einkommenslagen kontrolliert werden. Zugleich soll das freiwillige Engagement nicht von der Bereitschaft oder der Fähigkeit der Freiwilligen zur Übernahme von Kosten abhängen, die im Zusammenhang mit dem Engagement anfallen.

7. Bund

Der Senat muss beim Bund auf eine einheitliche Fördersystematik bei den Freiwilligendiensten hinwirken, damit die Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement weiter verbessert werden. Erforderlich wäre eine vertikal (Ebene) und horizontal (Bereiche) abgestimmte Strategie von Bund, Ländern und Kommunen/ Bezirken.

8. Zeitplan

Die Hamburger Freiwilligenstrategie soll – unter Darlegung der finanziellen Rahmenbedingungen – bis Ende 2013 der Bürgerschaft vorlegt werden.